

Zeitschrift: Energie & Umwelt : das Magazin der Schweizerischen Energie-Stiftung SES
Herausgeber: Schweizerische Energie-Stiftung
Band: 2 (1983)
Heft: 1: Wiederaufbereitung

Artikel: Sanfte Verschwörung gegen erstarrte Politik
Autor: Geissberger, Werner
DOI: <https://doi.org/10.5169/seals-586022>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. [Mehr erfahren](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. [En savoir plus](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. [Find out more](#)

Download PDF: 09.04.2026

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

SANFTE VERSCHWÖRUNG GEGEN ERSTARRENDE POLITIK

Es kam wie es kommen musste: Der Ständerat stimmte mit respektablen 32 Stimmen gegen den ohnmächtigen Widerstand des Fähnleins der zehn Aufrechten der Rahmenbewilligung für das umstrittene Atomkraftwerk Kaiseraugst zu. Die Meinung der Standesherrn war ja längst gemacht, eigenwilliges Gedankengut schimmerte eher bei kritischen «Standesfrauen» durch. Da sich aber das Ergebnis für Eingeweihte schon im voraus stimmengenau ermitteln liess, fehlte der Debatte jener zündende Funke, der für ein rhetorisches Feuerwerk unerlässlich ist.

Schwamm darüber, – denn schliesslich glaubt hierzulande niemand daran, dass dieses überflüssige Kraftwerk am falschen Ort jemals gebaut werden kann. Noch immer wächst der Widerstand. Kopfschüttelnd verbergen die finanzstarken Förderer der Atomenergie die Ergebnisse ihrer Meinungsumfragen in der untern Schublade. Zu deprimierend für sie, dass trotz aufwendiger Propaganda kaum ein Drittel der Bewohner unseres Landes «Kaiseraugst» akzeptieren würde. 53 Prozent aber sind dagegen. «Berücksichtigt man nur die Stellungnahme derjenigen, die eine Meinung geäussert haben, dann lehnen insgesamt 61 Prozent der Schweizer (67 Prozent der bis 40-jährigen, 69 Prozent der Frauen) das Kernkraftwerk Kaiseraugst ab.» (Meinungsumfrage «Weltwoche»).

Die Manager der Elektrowirtschaft stehen diesem für sie unfassbaren Phänomen ratlos gegenüber. Neuerdings beauftragen sie Psychologen und Soziologen, um in aufwendigen Psychogrammen die «seelische Struktur der Kernkraftgegner» zu ergründen. Während die Verhaltensmuster der «Entscheidungsseilten» in Politik, Wissenschaft und Wirtschaft voraussehbar sind und in unserer Gesellschaft entsprechend mit Amt, Würde und Einkünften honoriert werden, gelten umweltbewusste Volksbewegungen als Störfaktor. Denn tatsächlich stören sie die Immobilität der helvetischen Politik, die auf neue Herausforderungen mit Treten an Ort reagiert. Erschütternde Szenarien unserer Zukunft – wie beispielsweise der mit wissenschaftlicher Genauigkeit abgefasste Umweltbericht «Global 2000» – werden konsequent ignoriert.

Es braucht die dicke Haut vielbeschäftigter Politiker, um von dem Bewusstseinswandel im Volke nichts zu spüren. Gelassen wird dem nächsten Waffenplatz im unersetzlichen Naturschutzgebiet, der nächsten breitspurigen Strasse im stillen Tal zugestimmt. Wer denkt darüber nach, wie sehr die Superautobahn durch den engen Bergkanton Uri die alteingesessenen Einwohner seelisch belastet? Und welcher engstirnige «Staatschützer» merkt bei seinem Ruf nach Demonstrationsverbot und Polizei, dass Jugendunruhe, Friedensmarsch und Geländebesetzung als Protest gegen die tauben

Ohren jener Machtträger zu werten sind, die unsere innere Unruhe nicht wahrnehmen wollen.

Was bei etablierten Politikern zählt, das ist in erster Linie das vordergründig erkennbare Funktionieren der Mächteinheit von Wirtschaft und Staat, wie es uns beispielhaft in der offiziellen Energiepolitik vorgespielt wird. Dieser «eigenössischen Realpolitik» liegt jenes konservative Syndrom zugrunde, das ein Wahrnehmen «unangepasster» Meinungen, Gefühle, Erwartungen und Ängste verhindert. Gegen den Protest der Umweltbewussten stimmte die überwältigende Mehrheit des Parlamentes einem Energiegesetz zu, von dem ein jeder – mit einem Seitenblick auf die Machtverhältnisse im Bundeshaus – weiss, dass es toter Buchstabe bleiben wird, ein Tarnmäntelchen für vorprogrammierte Untätigkeit. Doch die Stände lehnten es ab! Basel und das Welschland fordern eine ernsthafte Energiepolitik. In diesem Bereich werden erst Atominitiative und Energieinitiative eine echte Entscheidung erzwingen.

«Was soll dieses Gezeter?», wird uns der selbstbewusste Parlamentarier entgegenhalten. Das Stimmvolk hat mich gewählt, die Schweiz muss regierbar bleiben, am Staatsgefüge darf nicht gerüttelt werden.»

In diesem Sinne hat die vereinigte Bundesversammlung «erfreulich entschlossen» («NZZ») zwei neue Bundesräte im ersten Wahlgang gewählt, den Freisinnigen Rudolf Friedrich und den Christdemokraten Alphons Egli. Ihre unbestreitbaren Qualitäten: integer, intelligent, – bereit im Sinne des konservativen Syndroms Volk und Heimat zu dienen.

Vielleicht aber sind es gerade ihre an sich anerkenntswürdigen Charaktereigenschaften, die sie zwar einerseits vor Anfechtungen und Zweifel bewahren, andererseits aber ihr Sensorium für die wirklichen Probleme unserer Tage herabmindern. Wer in dieser Zeitenwende keine Zukunftsschau entwickelt und keine Experimente wagt, gefährdet letztlich das Altvertraute.

Nun will ich gewiss nicht das «Impulsprogramm» des Bundesrates zur Bekämpfung der Arbeitslosigkeit dem konserva-

tiven Denken der neugewählten Bundesräte in die Schuhe schieben. Doch ich sehe im Geiste ihr beifälliges Nicken, als der Rüstungsproduktion der Löwenanteil der bewilligten 700 Millionen zugeschoben wurde. Sicherlich sprang keiner von ihnen auf, um wohldokumentiert auszurufen: «Die Ökologie ist der Zukunftsmotor unserer Wirtschaft, hier müssen wir investieren! Schliesslich liegen ausgearbeitete Sparkonzepte einzelner Städte vor, setzen wir sie in die Praxis um, denn wir wissen, dass ein Viertel des schweizerischen Energiebedarfs sinnlos verpufft!»

Dazu zwei Nebenbemerkungen:

1. Im Jahre 1982 hat die Schweiz 10,8 Milliarden KWh Strom exportiert. Das sind 75 Prozent der Leistung aller in Betrieb stehenden Atomkraftwerke. Und in zwei Jahren nimmt Leibstadt seinen Betrieb auf!

2. Nach Vorarbeiten eines Forscherteams der Harvard Business School ist in wohldokumentierten Studien errechnet worden, dass die Vereinigten Staaten bei einer zielbewussten Beschneidung des «sanften Pfades» der Energieversorgung mit einem Einsatz von 65 Milliarden Dollar jährlich drei Millionen Arbeitsplätze schaffen und Energiekosten in der Größenordnung von 100 Milliarden einsparen könnten...

Das konservative Syndrom in unserer Politik aber engt den Gedankenrahmen ein. Statt auf den Umschwung des Bewusstseins der Sensibilisierten Rücksicht zu nehmen und eine ökologisch vertretbare Energiepolitik einzuleiten, wird ein «Bedarf» an die Wand gemalt, der effektiv nicht vorhanden ist. Die Eigengesetzlichkeit des super-industriellen Systems verleitet einzelne Politiker, einer über-

flüssigen Atomstrom-Produktion zuzustimmen, auch wenn sie wissen müssten, dass dieser Verschleiss nur unter Polizeischutz möglich wäre und uns allen die Last und die «sozialen Kosten» einer staatspolitischen Krise aufbürden würde. Ist dies mein Land? Ist dies mein Staat? Ist dies mein Bundesrat?

Ist nicht mit dieser Wahl uns allen vorerzärtelt worden, wie phantasielos unsere Politik auf die ökologische und wirtschaftliche Bedrohung reagiert. Will man wirklich darauf warten, bis Umweltkrise und Arbeitslosigkeit Notlösungen erzwingen, die uns sicherlich teurer zu stehen kommen als ein überlegtes Vorgehen im Sinne eines qualitativen Wachstums unter Schonung der Natur. Auch wenn dabei die «Freiheit» zur Einkassierung der Bodenrente, zur Verschmutzung der Umwelt und zur Abwälzung der sozialen Kosten auf das Gemeinwesen etwas beschnitten würde.

Wer würde bezweifeln, dass die Bundesratswahl dem altvertrauten Ritual entsprach, getreu den gesetzlichen Vorschriften. Da aber die Hälfte der Bevölkerung nicht mehr in den überlieferten Parteirahmen hineinpasst, fühlen sich viele durch diese politischen Vertreter nicht mehr repräsentiert. Wer aus einem Gefühl schicksalhafter Betroffenheit politische Entscheidungen mitbeeinflussen möchte, wird in die sanfte Verschwörung abgedrängt: Bürgerinitiative, Protestbewegung, Weiterentwicklung jenes Denkens, das unsere Beziehungen zu den Mitmenschen und zu der Natur auf eine humane Grundlage stellen möchte und sich der zerstörerischen Gewalt der überbordenden Grosstechnologie widersetzt. War es wirklich zwingend, die Konservativsten der Konservativen in Doppelpaus-

gabe in den Bundesrat zu wählen? Es hätte – unter welschen Liberalen beispielsweise – durchaus Parlamentarier gehabt, die zeitgemässen Ideen gegenüber aufgeschlossener sind.

Ich weiss, ich weiss: der Proporz, die politische Rücksichtnahme, der überlieferte Kuhhandel des alten Volks der Hirten. Doch geht es ja nicht mehr um die Viehanteile auf der Allmend, sondern um die Milliardenensätze in der Energiepolitik und letztlich um die Lebensbedingungen kommender Generationen. War es wirklich nötig, unserer Jugend, den Ideenreichen, den Beunruhigten aus allen Volkskreisen die Reformunfähigkeit unseres Systems derart drastisch vor Augen zu führen?

Und doch: Ich vermute, dass mindestens die Hälfte der Schweizer mit der Alternativbewegung im weitesten Sinne sympathisiert und eine vermehrt auf ökologische Probleme ausgerichtete Politik befürwortet. Und diese Feststellung – durch das Ergebnis der ersten Atominitiative erhärtet – sagt etwas Entscheidendes aus über den Zustand unserer Gesellschaft. Die «sanften Verschwörer» stellen in unserem Staate eine weit stärkere Macht dar, als unsere Alltagspolitik dies glauben macht. Lebensgewohnheiten und Wertsysteme ändern sich. Der Bewusstseinswandel vollzieht sich in der Stille.

Sogar die ehrbare «Neue Zürcher Zeitung» kommt nicht darum herum, bei guter Gelegenheit ihre ausgefahrenen Geleise zu verlassen und über «Verhaltensänderungen zur Verhinderung künftiger Umweltkatastrophen» zu berichten. Dabei bedauert sie die «Trägheit unseres Zivilisationssystems». Denn wer unter ihren geschulten Ökonomen wüsste nicht, dass die beispielsweise Wirtschaftsentwicklung der letzten Jahrzehnte in erster Linie durch den Raubbau an Umweltgütern möglich geworden war. Ebenso unbestritten ist die Meinung, dass die vom Bundesrat bis zum Jahr 2000 vorausgesagten Wachstumsraten, auf denen die Energieprognosen beruhen, niemals erreicht werden. Setzen wir daher unsere Hoffnung auf jene sanfte Verschwörung, die ohne ideologische Blindheit und bürokratische Gewalt an die Macht der besseren Argumente glaubt.

Werner Geissberger

